

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Expedition Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Das „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 33 Pf., Postzeitungsliste Nr. 4089a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41.

Freitag, den 18. Februar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister

hat, nach dem eigenen Geständnisse des Grafen Posadowsky, den letzten Anstoß zu dem berühmten Dezember-Mundscheiden des Reichsamtes des Innern gegeben. In einer Petition an den Reichstag und den Bundesrath beweist dieser Verband neben von Neuem, wess Geistes Kind er ist und welche compromittirende Schandthat er sich für seine Sozialpolitik gewählet hat.

Einmal unterstützt die Denkschrift die im Vorjahre vorgeschlagene Aenderung der Strafprozessordnung,

daß Personen, welche auf frischer That betroffen oder verhaftet und vorläufig festgenommen sind, von der Staatsanwaltschaft unmittelbar dem zuständigen Gericht mit dem Antrag auf sofortige Aburtheilung vorgeführt werden sollen, in welchem Falle das Gericht ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens sofort oder spätestens am zweiten Tage nach der Vorführung zur Hauptverhandlung zu schreiten und dabei über die Verhaftung oder Freilassung des Angeklagten zu entscheiden haben würde.

Dieser Pfeil der hiesigen Freiheitskämpfer — die Petition winnmet von Worten wie „persönliche Freiheit“, „freier Wille“, „freie Uebersetzung“ — gilt natürlich nicht Mörder und Dieben, sondern freikundigen Arbeitern:

Gerade in den Fällen, in welchen fortarbeitende Arbeiter durch ihre dem Arbeiterausstände angeschlossenen Mitarbeiter verunglückt, also durch Beschimpfungen oder Thätlichkeiten in ihrem Rechte auf Arbeit beschränkt werden, dürfte sich dieses abgekürzte Strafverfahren gegen die auf frischer That verhafteten Täter der öffentlichen Ruhe und Ordnung günstig bewähren, weil es die Sühne der begangenen Schuld unmittelbar folgen läßt, auch gleichzeitig den Strafzweck erfüllt, einer Fortsetzung der Straftat vorzubeugen und andere davon abzuschrecken.

Also erst verlangt man eine Verschärfung des Klassenkampfes gegen die Arbeit dadurch, daß bisher noch zulässige, friedliche Mittel des Lohnkampfes in Zukunft für strafbar erklärt werden sollen. Dann fordert man weiter Aburtheilung der künstlich in's Unrecht gesetzten Arbeiter sofort, in der Erregung des Augenblicks, um „vorzubeugen“ und „abzuschrecken“.

So sehr das an die Halsabschneider-Prozesse unserer Bauhöher erinnert, so menschenfreundlich und fürsorglich geberden sich die Herren im zweiten Theile ihrer Petitionsschrift. Die Baugewerksmeister lassen sich befaßelt durch „Körperverletzungen“ und sogar „Tödtungen“ zu Schulden kommen — verschuldet durch Verletzung der berufsmäßigen Aufmerksamkeit, wie es in der Sprache unseres Rechtes heißt. Für diese Verwüstung von Menschenleben verlangen die Freunde des Grafen Posadowsky freiere Bahn; die günstigen Richter hätten kein Verständniß für die Profitbedürfnisse eines Baugewerksmeisters und seine „gewerbegebräuchlichen Gepflogenheiten“ und kämen so zu Schuldbestimmungen, welche — man verbeißt sich das Lachen! — „das Vertrauen auf eine gerechte Strafrechtspflege erschüttern.“ Nicht einmal die zu Gutachten herangezogenen Sachverständigen taugen etwas; als „theoretische vorgebildete“ Baubeamte wissen sie nichts von den „gebräuchlichen Handlungen in Bauwesen“. Ueber Bauunfälle sollen also Schöffen aus der Zahl der „Baukundigen“ aburtheilen; die Sachverständigen sollen sie sich unter ihrsgleichen, unter „praktischen Baugewerksmeistern“ aussuchen.

Welch' eine beispiellose, aufdringliche Dreifigkeit! Welch' eine Verhöhnung der heutigen Rechtsprechung und der Rechtsgleichheit überhaupt! Aburtheilung der Friedlichkeit um eine bessere Lebenshaltung kämpfenden Arbeiter ermöglicht vor ausgemachten Feinden und in der Wuth des Streikampfes! Verhandlung gegen die des Todtschlags angeklagten Unternehmer vor lauter mitleidenden und bei Gelegenheit auch mitschuldigen ehrbaren Bunztgenossen!

Wir erlauben uns, dem Grafen Posadowsky den einzig richtigen Gegenvorschlag zu unterbreiten:

Zuweisung aller sogenannten Streikvergehen vor sachverständige Vertrauensleute der Arbeiter.

Aburtheilung der auf Fahrlässigkeit der Unternehmer zurückzuführenden Betriebsunfälle durch Vertretungen der betroffenen und bedrohten Angestellten.

Ob Arbeiter terrorisirt worden sind, werden wohl Arbeiter am besten „sachverständig“ entscheiden können.

Dieser Vorschlag ist also das Gegenstück zum zweiten Theile der Petition. Soweit, einen schuldigen Unternehmer im Augenblicke des Unfalls vor ein Volksgericht zu stellen, wollen wir um des lieben Klassenfriedens willen nicht gehen. Aber entsprechend dem sonstigen ersten Theile der Verbandsbeilage wäre die Aburtheilung der Angeklagten durch Angehörige der gegnerischen Klasse, also der Unternehmer durch Arbeiter.

Welch' ein Wuthgeheul würde durch die gesammte bürgerliche Presse gehen, wenn wir diese Forderungen ernstlich erheben. In der Dreifigkeit der Baugewerks-Innungen wird Graf Posadowsky vielleicht wieder eine beachtenswerthe politische Anregung sehen!

Der Zola-Prozess.

Paris, 14. Februar.

Die Wandelgänge des Gerichtspalastes zeugen heute ein weniger belebtes Bild, als an den vorausgegangenen Tagen, auch der Sitzungssaal ist nicht so überfüllt, so daß verhältnißmäßige Ruhe herrscht. Die Sitzung wird um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet. Der Präsident verliest Briefe des Senators Le Provost de Launay und eines Journalisten Papilland, in denen die Genannten bestreiten, Zoures gesagt zu haben, daß sie Esterhazy für den Schreiber des Vorderbaus hielten. Advokat Labori erhebt Einspruch gegen die Behauptung einiger Blätter, daß er deutschen Ursprungs sei und eine Fälschung geheirathet habe. Zoures erklärt, er bleibe bei seiner Aussage, daß nämlich der Journalist Papilland ihm gesagt habe, er glaube an die Schuld Esterhazys. Zoures fügt hinzu, Papilland habe ihm sogar gesagt, er hätte seinen Freunden von der Libre Parole gerathen, nicht mehr in der Gefolgschaft Esterhazys zu marschiren. Zoures schließt: Ich begreife das Interesse das man daran hat, meine Aussage zu dementiren, ich halte die Wichtigkeit derselben aber durchaus aufrecht. (Bewegung.)

Der Schriftsachverständige Bertillon, dessen Verhör nurmehr wieder aufgenommen wird, erklärt nach reiflicher Ueberlegung habe er geglaubt, vom Kriegsminister nicht die Genehmigung erbitten zu sollen, dem Gerichtshofe die von ihm angefertigten Photographien vorlegen zu dürfen.

Die Vertheidiger erheben lebhaften Widerspruch gegen die Anschauungsweise des Zeugen.

Bertillon hält aber seine Beweggründe aufrecht.

Labori legt hierauf den Geschworenen einen vollständigen Plan des Sachverständigenutachtens vor, das Bertillon vor dem Kriegsgerichte über das Vorderbau abgegeben hat. Auf diesbezügliche Fragen der Vertheidiger antwortet der Zeuge; Ich beziehe mich auf den Gerichtsbeschuß, der verbietet, von der Dreyfus-Affaire zu sprechen. Jedermann wird begreifen, daß meine Lage hier eine peinliche und widerwärtige ist.

Clemenceau: Weshalb ist sie widerwärtig?

Bertillon: Weil ich nicht von dem sprechen darf, was sich vor dem Kriegsgerichte bei geschlossenen Thüren zugegetragen hat.

Labori: Glauben Sie, daß das Vorderbau von Esterhazy ist?

Bertillon: Durchaus nicht!

Präsident: Weshalb glauben Sie, daß das Vorderbau nicht von Esterhazy ist?

Bertillon: Weil es von der Hand eines andern ist. (Lachen.)

Präsident: Haben Sie die geheimen Schriftstücke oder nur Bruchstücke der Handschrift Alfred Dreyfus' vor Augen gehabt?

Bertillon: Ich habe die geheimen Schriftstücke nicht gesehen.

Labori: Erklären Sie uns vor Europa, das seine Augen auf uns gerichtet hält, warum und wie Sie dahin gelangt sind, vor dem Kriegsrecht nachzuweisen, daß das Vorderbau von Dreyfus ist.

Bertillon: Das kann ich nur mit den Dokumenten, die nicht mehr in meinem Besitz sind. (Lärm.)

Labori: Können Sie uns sagen, welcher Art die Schrift des Vorderbau ist?

Bertillon: Es ist unmöglich, auf diese Frage zu antworten, ohne auf meine Beweisführung von 1894 einzugehen.

Clemenceau fragt den Generalstaatsanwalt, ob

er den Zeugen nicht auf Grund des Gesetzes zur Antwort zwingen kann. Der Generalstaatsanwalt rüth sich nicht und bewahrt absolutes Stillschweigen.

Bertillon wiederholt: Ich kann keine Antwort geben.

Präsident: Es ist unnütz, sich noch weiter zu bemühen.

Labori: Haben Sie das Vorderbau der Esterhazy-Affaire gesehen?

Keine Antwort.

Präsident: Sie sehen, daß Sie ihn nicht zum Sprechen bringen können.

Labori: Wird uns Zeuge sagen, ob er das dem Esterhazy zugeschriebene Original — aus sehr feinem Papier — auf das hin Dreyfus verurtheilt worden ist, gesehen hat?

Bertillon: Darauf will ich mit „Ja“ antworten.

Labori: Endlich — das ist immerhin etwas! (Heiterkeit.) Wollen Sie uns gefälligst sagen, ob die Schrift des Vorderbau eine natürliche oder eine verstellte ist.

Bertillon: Ich kann darauf nicht antworten. (Wiederholtes Lachen.)

Labori: Nun wohl, meine Herren Geschworenen, Sie werden sich des Schweigens des Zeugen erinnern, der vor Ihnen wohl erklären will, daß Dreyfus schuldig ist, der aber nicht den Beweis für seine Erklärung beibringen will.

Clemenceau weist dem Zeugen nach, daß er diese Angelegenheit dem Advokaten Decori auseinandergesetzt habe und fragt: Wenn Ihnen morgen eine ähnliche Angelegenheit vorkäme, würden Sie sich desselben Systems bedienen, um sie aufzuklären?

Bertillon: Ich kann mich nicht erklären.

Präsident: Aber das betrifft durchaus nicht die Angelegenheit von 1894, Sie können also ohne Furcht antworten.

Bertillon: Nein, ich habe nichts zu sagen. (Unhaltender Lärm.)

Labori erhebt sich und sagt lebhaft: Ich kann den Geschworenen nur eins sagen: Die Affäre von 1894, hier (auf Bertillon zeigend) ist sie; Bertillon war der Hauptsachverständige, auf dessen Aussage hin Dreyfus verurtheilt worden ist. (Bewegung.) Bertillon zieht sich unter verschiedenartigen Kundgebungen des Publikums zurück.

Der Deputirte Hubbard, ein Vetter Bertillons, wird als Zeuge aufgerufen und erzählt: Als ich sah, daß man Esterhazy der Urheberschaft des Vorderbaus beschuldigte, begab ich mich zu Bertillon und theilte ihm meine Zweifel wegen der frappanten Ähnlichkeit der Schriften mit. Ich sagte zu ihm: Hast Du die Schrift Esterhazys gesehen und kannst Du wissenschaftlich beweisen, daß das Vorderbau nicht von ihm ist? — Er erwiderte: Ich will diese Schrift des Majors nicht sehen, er ist der Strohmann der Juden. Esterhazy wird schließlich gestehen; aber die Revision vornehmen, das wäre die soziale Revolution; das aber darf nicht sein. Dreyfus ist der einzige Schuldige, ich bin dessen sicher. Hubbard fügt hinzu, daß in einem Gespräch über den Dreyfushandel mit seinem Kollegen in der Kammer, General Jung, dieser zu ihm sagte, daß das, was in den Bureaus des Kriegsministeriums geschah, abscheulich sei. (Urbauernde Bewegung.)

Dreyfus, der nach Hubbard vernommen wird, sagt aus, daß Bertillon in einer Unterhaltung über die Dreyfusache zu ihm gesagt habe, Dreyfus habe seine Schrift verändern müssen, um das Vorderbau zu schreiben. (Bewegung.) Zeuge erklärt dann, in den Redaktionen der Blätter habe man eine Untersuchung in betreff der Redakteure angestellt, wie es mit den 28- oder 13tägigen Militärbüchungen derselben stehe. In den Kreisen der auswärtigen Regierungen wisse man genau, was man von der Esterhazy-Affäre zu halten habe. Er — Zeuge — persönlich habe festgestellt, daß der Regierungskommissar beim Kriegsgericht über Esterhazy vielmehr die Haltung eines Vertheidigers, als die eines Anklägers eingenommen habe. Zeuge wünscht sich Glück dazu, daß die ganze Elite sich in Uebereinstimmung mit Zola befinde.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Politische Rundschau. Deutschland.

Eine verdächtige Stille herrscht seit einiger Zeit im Bezug auf die Flottenpolitik und es muß mit Recht vermutet werden, daß hinter den Conlissen vtrantliche Verhandlungen gepflogen worden sind. Der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ bestätigt das, indem er schreibt: „Es ist versucht worden, ein Kompromiß zu Stande zu bringen, bei dem die Regierung nur in der Form, in der Bewilligung auf 7 Jahre habe nachgeben müssen. Wir glauben, daß diese Versuche nunmehr gescheitert sind und daß die Eventualität einer Reichstagsauflösung näher gerückt ist, als man in letzter Zeit angenommen hat.“ Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Die Regierung wiegt sich in zu großer Sicherheit über die marinesfreundliche Stimmung im Lande, und fast scheint es, als ob gewisse einflußreiche Männer im Interesse ihrer Politik der Sammlung ein Kompromiß nicht wünschen, sondern sich von Wahlen unter der Parole des Flottengesetzes einen ähnlichen Erfolg wie im Jahre 1887 versprechen, wo die Parole der Militärvorlage den Kartell-Reichstag leitete.“

Das Flottengesetz wird in dieser Woche in der Budget-Kommission, da diese noch vollst. beschäftigt ist, nicht mehr zur Berathung gelangen. Die „Nat. Lib. Corr.“ bemerkt dazu: „Der „ausstiaagehenden Partier“ (Centr.) geht die Sache nicht sehr, denn sie hat bisher immer die gleiche Marschlinie noch nicht gefunden. Ueber die Stellungnahme der polnischen Fraktion gehen verschiedene Versionen durch die Blätter. Die neueste lautet, die Fraktion habe ihren Kommissionsvertreter instruiert, gegen das Flottengesetz „in der vorliegenden Fassung“ zu stimmen. Da in der polnischen Fraktion nach Fraktionshaute die jeweilig anwesende Mehrheit die Stellungnahme aller entscheidet, so kann sich diese je nach der Stärke der in der Fraktion jeweilig hervortretenden Strömung noch im letzten Augenblick ändern. Jetzt leidet die polnische Fraktion unter demselben Abwärtismus wie der Reichstag.“

Der Werth des ostasiatischen Nachtquittens Kiaoichau wird von den Engländern sehr niedrig taxirt. Der Reutersche Agent in Shanghai telegraphirt:

„In Shanghai denkt man ebenso, wie in Hongkong. Man beglückwünscht sich, daß Deutschland einen neuen chinesischen Hafen eröffnet hat, natürlich unter der Voraussetzung, daß der Hafen ein freier ist. Die Wahl wird insofern nicht für eine glückliche betrachtet, vom kommerziellen Standpunkte aus, als die häufigen Nordwinde, welche in Kiaoichau herrschen, da Verladen der Schiffe erschweren und der Hafen wenig neues Land eröffnet und höchstens Tschifu assistiren kann. Nach der Ansicht der britischen Marine-Offiziere zählt Kiaoichau als Marine-Basis wenig. Die Kosten zur Errichtung hinreichender Verteidigungswerke werden enorm sein.“

Die Hege gegen die Gewerbegerichte, die eine Zeit lang gepocht hat, wird von der großkapitalistischen „Köln. Ztg.“ wieder aufgenommen. Sie fordert nichts weniger als Abschaffung der Wahlen der Gewerbegerichts-Besitzer und Vertretung bz. Auswahl derselben, ähnlich wie bei den Schöffen und Geschworenen, um Unterstellung der Gewerbegerichte unter das Justizministerium. Wenn man den Gewerbegerichten das Vertrauen, daß sie sich nicht nur bei den Arbeitern erworben haben, rauben will, dann schaffe man die Wahlen ab. Als Arbeit für den sozialen Frieden stellen sich die Vorschläge der „Köln. Ztg.“ nicht dar.

Eine segensreiche Institution ist das Arbeitersekretariat in Nürnberg für die dortige Arbeiterschaft. In der Zeit vom 1. November 1896 bis 31. Dezember 1897 wurde die genannte Einrichtung von 13,101 Personen in Anspruch genommen.

Die „Soziale Praxis“ bringt einen Auszug aus dem letzten Jahresberichte und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Daß ein solches Institut, das den Arbeitern mit Rath und That in allen Rechtsfragen beisteht, eine Einrichtung von weittragender sozialer Bedeutung ist, erhellt auch aus diesem summarischen Berichte. Hier wäre eine große und segensreiche Aufgabe praktischer Sozialpolitik für kommunale Arbeitssämter! Bei der mangelhaften sozialpolitischen Einsicht der meisten Gemeindeverwaltungen ist eine Bethätigung derselben auf diesem Gebiete so gut wie ausgeschlossen. Oder sollte etwa unsere Stadt sich den Ruf erwerben wollen, hierin bahnbrechend vorangegangen zu sein?“

Ueber die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter sagt die badische Fabrikinspektion in ihrem 1897er Jahresbericht:

„Mehr als in den letzten Jahren wahrgenommen wurde, beschäftigen sich die Arbeitervereinigungen mit der Frage wenigstens des zeitigen Standes der Lebenshaltung der Arbeiter. Auch dort, wo nur befürchtet wird, daß die erzwungenen Lohn-erhöhungen oder Verkürzungen der Arbeitszeit in Gefahr seien zurückgenommen zu werden, giebt dies Anlaß zu einem festeren Zusammenhänge der Vereinigungen. Es kann auch zugegeben werden, daß die Bethätigung nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft von der größten Bedeutung ist. Dieser Aufgabe werden aber die Arbeiter-Vereinigungen wohl am besten gerecht werden, weil wirtschaftliches Heruntersteigen am aller-schwersten empfunden wird, und sich ihm daher der nachhaltigste und einmüthigste Widerstand entgegensetzt. Dies ist zugleich auch ein Grund dafür, daß leichtfertige und ohne genügende Aussicht auf Erfolg unternommene Arbeitseinstellungen mehr unterlassen wurden als in den Vorjahren, und daß man sich klugerweise mit dem schrittweisen Erreichen kleiner Vortheile begnügte.“

Weiter heißt es in dem Bericht: „In der Arbeiterbewegung traten seitens der Leiter von Versammlungen und der aufgetretenen Redner mehrfach erfreuliche Anzeichen hervor. Es wurde nicht nur jedes leidenschaftliche und turbulente Vorgehen vermieden, da hierfür bei den Besuchern der Versammlung nicht die geringste Stimmung vorhanden zu sein schien, sondern es wurde auch bei Besprechung auf-

zusehender Arbeitsbedingungen besonders zu Mäckertheit und Besonnenheit ermahnt für den Fall, daß ein Unstund unvermeidbar sein sollte. Insbesondere wurden die Arbeiter ermahnt, vor Ueberlegung der Arbeit die bestehenden Kündigungsgesetze einzuhalten. Offenbar war man bekräftigt, die Forderungen im vorigen Jahre bei Arbeitseinstellungen gemacht wurden, zu vermeiden. Es gilt dies wenigstens von den Rednern in solchen Versammlungen und von der überwiegenden Mehrzahl ihrer Teilnehmer, natürlich aber nicht von jedem einzelnen Teilnehmer. Es wurden namentlich dann auch in einem theils leichtfertigen, theils unreflexen Optimismus Sätze laut, die im Falle eines Streikes auf die Unterstüßung der gesamten Arbeiterschaft und die zu diesem Zwecke bereiten großen Geldmittel verwiesen. Der Einfluß dervariiger Personen mußte die Interessen der Arbeiter schädigen, da ihre ganze Beurtheilung der Verhältnisse auf unrichtigen Voraussetzungen beruht. Jeder, der sich mit diesen Dingen befaßt, weiß, daß die organisierte Arbeiterschaft nichts weniger als geneigt ist, sich bei jedem beliebigen Streik mit den Ausländern solidarisch zu erklären. Es würde aber auch gar nicht wahrgenommen, daß derartige Stimmen in dem Berichtsjahre irgend welchen Einfluß verschaffen konnten.“

Man vergleiche, meint die „Frankfurter Ztg.“ diese treffenden Ausführungen mit den jüdischen Ansichten eines Posedowsky! Solche Kundgebungen sind sehr erfreulich und für diejenigen ein Schlag auf den Mund, welche die Arbeiterführer in Wausch und Wogen als „Höher“ aufsprechen.

Ueber die Lage der Eisen- und Metallindustrie berichtet der Arbeitsmarkt:

Die Höhe der Konjunktur ist überschritten. Damit kündete der Essener Handelskammerbericht im Januar das neue Geschäftsjahr an. Und schneller, als man geklaut hatte, ist der Niedergang eingetreten, der zwar noch einzuhalten scheint, aber jedenfalls nicht mehr verbeßert werden kann. Die Produktions-einschränkung sowohl des Kohlen- wie des Coakshydrogäns, die Preisermittlungen der rheinisch-westfälischen Werke sprechen nur zu deutlich dafür, daß in der Metall- und Eisenindustrie die rege Produktion nachgelassen hat, daß damit auch auf dem Arbeitsmarkt in den Gewerbezweigen, die in den letzten beiden Jahren Massen von Arbeitern sich neu erworben haben, als bald ein Nachlassen der Nachfrage nach Arbeitskräften, ja in manchen Bezirken schon ein Vorhandensein eines größeren Angebots eingetreten ist. Diese Beobachtung wird auch dadurch gestützt, daß in der Metallindustrie die Stöckung in der bisher so flotten Produktion dazu beiträgt, Lohnabzüge und Verlängerung der Arbeitszeit vorzunehmen. Einzelne große Werke freilich sind von dem Niedergang noch keineswegs berührt. So ist die Kuppische Gießfabrik seit vielen Jahren nicht so still wie anfangs Januar beschäftigt gewesen. Die Nachfrage nach Arbeitern ist bedeutend, täglich werden neue Arbeiter eingestellt. In den Konsumwerkstätten wird sogar schon seit einiger Zeit auch Sonntags gearbeitet. Auch in einigen der Königs- und Laurahütte angehörigen Werkstätten ist ein Mangel an Arbeitern fortgesetzt sichtbar und hat dazu geführt, daß teilweise Nacht-schichten, teilweise Ueberstunden eingeführt wurden. Aber abgesehen von solchen Fällen aus der Zeit des Aufschwungs ist die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes für die Arbeitnehmer höchst kritisch. Es werden schon in vielen Establishments Forderungen eingeleitet, theilweise der Betrieb schon eingeschränkt und freie Stellen nicht wieder besetzt.

Rußland.

Das Fortschreiten der sozialistischen Bewegung in Polen wird der „Leipz. Volksztg.“ aus Oberschlesien geschrieben. Im benachbarten russischen Dombrowaer Revier macht die politische Bewegung trotz der unachtsichtigen Härte der Behörden gegen Sozialisten Fortschritte; insbesondere die untere Beamtenklasse interessiert sich mehr und mehr für den Sozialismus. Vor einigen Tagen wurden zwei Steiger, Offizier in Siele und Whilippowicz in Dombrowa, wegen sozialistischer „Untriebe“ verhaftet. Sie wurden, wie das in Rußland üblich ist, sofort nach Warschau transportirt. Dem zweiten der Verhafteten gelang es, aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge herauszuspringen, ohne Schaden zu nehmen und, ohne von den nachgesandten Kugeln der Gendarmen getroffen zu werden, über die nahe galizische Grenze zu entkommen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübener Volksbote“.)

Berlin, den 16. Februar 1898.

Aus dem Reichstage. Der heutige Schwerinstag brachte zunächst die Erledigung des Antrags unserer Genossen auf Schaffung eines wirklichen freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts durch das Reich. Die Genossen Singer, Stolle und Zubeil nahmen zu der Materie, die erst vor wenigen Tagen das Haus beschäftigt hat, noch einmal das Wort. In der Spezialberathung zeigte es sich, daß die übrigen Parteien, ganz abgesehen von den Konservativen, für den sozialdemokratischen Antrag nicht zu haben waren. Herr Rickert, Herr Lieber und Herr Wasserhagen machten zwar schöne Phrasen von Liberalismus, Freiheit und Arbeiterrecht, aber alle kamen schließlich zu dem Ende, daß ihnen unser Antrag zu weit gehe. Nachdem der § 1 des Gesetzesentwurfs abgelehnt war, zog Singer den ganzen Antrag wegen der völligen Ausichtslosigkeit der ganzen Sache Namens der Partei zurück. Daß der Bundesrathstich fast leer war, daß überhaupt kein Vertreter der Regierung anwesend war, um sich über den Antrag zu äußern, diese Mittheilung wird keinem unserer Leser weiter verwundern. Der einzige anwesende Regierungsmann, Direktor von Woedike, war nur erschienen um zu dem ebenfalls zur Berathung stehenden Antrag der Antisemiten auf verschärfte staatliche Kontrolle der Versicherungsgesellschaften das Wort zu ergreifen. Auch dieser Antrag wurde schließlich zurückgezogen, aber aus einem anderen Grunde, weil die Regierung erklärte, daß ein die Wünsche des Antrags mit einbeziehendes Gesetz in Vorbereitung ist. Zu dem antisemitischen Antrag hielt unser Genosse Vogtherr, der seit einiger Zeit auf dem Gebiete des Versicherungswesens Sachverständiger ist, eine sachlich geradezu ausgezeichnete Rede, was selbst von dem nationalliberalen Abg. Hammacher in wärmsten Worten anerkannt wurde. Um so komischer nahmen sich die Bemerkungen aus, die der fraktionsgenosse Hammacher's, Herr Bieschel gegen eine Aeußerung Vogtherr's

vorzutragen sich gemüthigt fühlte. Herr Bieschel machte den Vogtherr gekennzeichneter Schwarzburg-Sonderhäußischen Leute alle Ehre. So unsachlich hat wohl selten ein Redner im Hause gesprochen. Der Präsident v. Boul und Singer führten ihm das energisch Gemüthe.

42. Sitzung.

Am Bundesrathstisch: Ministerialdirektor Woedike. Präsident v. Boul eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Antrags Auer und Genossen, betreffend das Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition.

§ 1 verlangt: Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, sich zu versammeln. Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde noch einer Erlaubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einkäufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Ortsbehörde anzuzeigen.

Gen. (S.D.): Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß es öffentlichen Leben besser ohne Polizei geht. Wenn die Polizei einer Versammlung eintritt, dann ist es wohl öfter zu trübenden Szenen gekommen. Angehlich schreiten ja die Beamten ein, dann kommt es doch manchmal vor, daß man ganz junge, kaum zwanzigjährige Polizeibeamte zur Ueberwachung der Versammlung verwendet. Man muß ferner gesagt hat, junge Leute dienen in den Versammlungen nicht anwesend sein, sie verstehen davon nicht und verurtheilen nur Zübing, so erwidere ich, die Jugend will in den Versammlungen meist von den Erwachsenen im Jamm gehalten. Außerdem, wenn die Leute durchaus skandalös wollen, so werden sie sich dazu natürlich nicht die polizeilich Ueberwachung Versammlungen anschauen. Die Veranstaltung einer Versammlung halten wir für durchaus nützlich, die Bestimmung, daß öffentliche Umzüge sechs Stunden vor Beginn angemeldet werden müssen, haben wir nur mit Rücksicht auf den öffentlichen Verkehr angenommen. Eigentlich halten wir auch diese Bestimmung für zu überflüssig. In England haben bereits die Staatsbürger das Recht, sich überall zu versammeln, und wir haben gesehen, daß die Versammlungen sehr wohl die ihnen gewährte Freiheit respektiren wissen. Auch bei uns gestattet man ja auch heute schon öffentliche Umzüge, freilich meist nicht die der Sozialdemokratie, aber ausnahmsweise erlaubt man sie auch dieser. So wird die sozialdemokratischen Gewerksvereine in einzelnen Städten teils hindern in den Weg gelegt, wenn sie bei Stichtagsfesten Umzüge veranstalten wollen. Doch ist es bei uns auch schon so weit gekommen, daß man solche Umzüge verbot, nur weil man fürchtete sie würden zu agitatorisch für die Arbeiterbewegung. — Wenn mir nun Jemand sagte, daß ihm unser Antrag viel zu radikal erscheint, so behaupte ich, er ist überhaupt nicht dafür, daß die Arbeiter das freie Versammlungsrecht gewährt werde. Er muß noch in solche Worte machen, er wolle die Organisationen der Arbeiter nicht abren u. s. w. — Ich meine, wer überhaupt für ein freies Versammlungsrecht eintritt, muß auch für unseren Entwurf stimmen. (Beifall b. d. S.)

Rickert (S.D.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Bundesrath noch immer keinen Beschluß über den schon zweimal vom Reichstag angenommenen Antrag betr. das Vereinsrecht gefaßt hat. Was den Antrag Auer anlangt, so habe Kommissionsberathung für notwendig. Bedauerlich sei es, daß der Bundesrathstich so leer sei. Wenn der Vorredner sage, um den Antrag nicht so wie er gestellt ist anzunehmen, mühe hinterher zu weise er diesen Vorwurf zurück und erinnere daran, daß die Bourgeoisie dem Arbeiter die wichtigsten Rechte erkämpft habe, dann an die Sozialdemokraten überhaupt zu denken war. Er könne den Antrag Auer aus sachlichen Bedenken nicht zustimmen, es fehle z. B. die Bestimmung, daß die gebildeten Vereine unter einander Verbindung treten können. Prinzipiell sei er für eine Kommission von 14 Mitgliedern, wolle man das nicht, so werde er gegen den Antrag stellen.

Singer (S.D.): Herr Rickert hat sich darüber gewundert, daß die Bänke des Bundesrathes heute wieder so leer sind. Wie wundere ich mich nicht. Wir sind ja hier keine Versammlung von Interessenten der Industrie, z. B. nicht der Bund der Industriellen, auch steht keine Frage auf der Tagesordnung, die irgend welche wirtschaftliche Interessen berührt. Wir kennen die Regierung in dieser Beziehung und wundern uns nicht mehr. Wie leicht will uns die Regierung auch ihr Mißfallen darüber bezeugen, daß wir überhaupt noch Schwerinstage abhalten, dadurch, daß sie sich grundsätzlich von diesen Sitzungen fern hält. Ich meine aber, wir übergehen diese Stellungnahme der Regierung mit stiller Ruhe und sehen mehr darauf, daß hier Beschlüsse zu Stande kommen, die dem Willen des Volkes entsprechen. Diesen Beschlüssen geben wir dann den nötigen Nachdruck und stellen die Regierung vor ein Entscheidung bei solchen Dingen, wo sie auf uns verfassungsmäßig angewiesen ist. Sie sollen einmal sehen, wie schnell die Herren vom Bundesrath dann ihre Haltung ändern werden. So lang der Herr Kollege Rickert freilich einen Standpunkt vertritt, wie er ihn heute vertritt, braucht er sich über den Bundesrath nicht zu wundern. Jede Volkvertretung hat die Regierung, die sie vertritt (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sehr charakteristisch ist das beredete Schweigen der übrigen Parteien, namentlich des Centrum's. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich hier dem alten Sprichwort glauben könnte: Wer schweigt, stimmt zu. Aber es wäre doch gut, wenn das Centrum durch einen Vertreter hier das Siegel auf diese Vermuthung drückte. — Der Herr Kollege Rickert hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine der Ursachen, die uns zur Einbringung unseres Antrages bestimmten, in der Nicht-einlösung des Versprechens des Reichstanzlers zu suchen liegt. In der That können wir das Verhalten des Reichstanzlers nur als einen Bruch eines Versprechens bezeichnen. Seine nachherigen Erklärungen waren ja sehr diplomatisch; aber eine Politik der Ehrlichkeit kann man das nicht nennen. Aber natürlich ist das Ganze ohnehin nicht die einzige Ursache unseres Antrages. Er verlangt ja weit mehr, als die Aufhebung des „Verbindungsverbot“. Wenn Herr Rickert übrigens glaubt, durch unseren Antrag bleibt dies Verbot noch ruhig bestehen, so glaube ich dagegen, daß Jeder, der mit gesundem Menschenverstand an solch ein Gesetz herangeht, nicht begreifen wird, wie es möglich sein sollte, auf Grund unseres Gesetzes das Verbindungsverbot zu verbieten. Selbstverständlich haben wir auch gar nichts gegen eine Zusatznote, die das ausdrücklich bestimmt. Herr Rickert hat davon gesprochen, daß die deutsche Bourgeoisie all diese Freiheiten längst erkämpft habe, lange ehe es eine Sozialdemokratie gab. Das nimmt sich etwas komisch aus, grade jetzt, bei der fünfzigsten Wiederkehr des 18. März. Herr Rickert sollte doch bedenken, daß er heute erst für die Koalitionsfreiheit aufstehen muß, das ist ja eine Folge jenes Zustandes, in dem das deutsche Bürgerthum durch Verletzung seiner freiheitlichen Ideale und gebracht hat. Wir bringen den Antrag ein, weil heute in Deutschland die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ernsthaft auch die Freiheit auf politischem Gebiete erstrebt. Alle Zulassungsanträge des Herrn Rickert bedeuten im Uebrigen nur eine Abschwächung unseres Antrages. Wir werden uns gegen eine Kommissionsberathung nicht sperren, aber wir halten sie für gänzlich überflüssig; es ist auch möglich, daß man diese Kommissionsberathung nur vorgeschlagen hat, um unseren Antrag zu einem anständigen Begräbnis zu verhelfen. Ich frage

mich; was soll in der Kommission eigentlich noch beraten werden, die für Deutschland die Vereinsgesetzgebung erstreckt, das keinerlei Einmischung der politischen oder sonstigen Behörden gestattet? Herr Richter wünscht freilich noch eine Anzahl neuer Bestimmungen. Er will durchaus in das Gesetz hineintragen, daß die Bürger nur in freibleibendem Maße sich vereinigen dürfen. Aber es liegt doch keine Verantwortung vor an der Annahme, daß die Leute in normalen Zeiten möglich bis an die Zähne bewaffnet erscheinen werden. Ja aber, am Vorabend einer Revolution? Wollte Herr Richter, daß sich die Leute da um etwelche Paragraphen des Vereinsgesetzes kümmern werden? Und wozu noch der Zusatz, daß es sich um Versammlungen handelt, die in denen gegen das Strafgesetz verstoßen werden könnte? Verstoß gegen das Strafgesetz werden durch das Strafgesetz geahndet. Wozu also eine ausdrückliche Bemerkung? Dann kommt das Bedenken gegen die Zulassung Minderjähriger; meine Herren, der Arbeiter wird früher arbeitsfähig, als der Bürgerknecht; er muß also auch seine Interessen vertreten können. Wenn es Leute giebt, die die jugendlichen Arbeiter mit dem geschmackvollen Ausdruck „Landsknecht“ belegen, so ist das nur bezeichnend für die Auffassung, die in jenen Kreisen über die Arbeiter selber besteht. Was würde es wohl geben, wenn wir die Hinzunahme von Minderjährigen, die gelegentlichen Schüler des Herrn Zepf, oder die minderjährigen Mitglieder zu nennen würden? Das wären so die Vorkämpfer, die man gegen unseren Antrag grüßelt. Ich wünsche, daß alle Parteien, die nicht auf dem Standpunkte stehen, daß der deutsche Staatsbürger nur Steuern zu zahlen und das Recht zu halten hat, für unseren Antrag stimmen werden. Wir sind bereit, wenn Kommissionsberatung gewünscht wird, dafür zu stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wasserhahn (N.): Wir haben auch heute noch ein Reichsvereinsgesetz auf liberaler Grundlage für erwünscht. Leider scheint der Zeitpunkt nicht günstig. Die Beispiele, die die sozialdemokratischen Kollegen aus Sachsen vorgebracht haben, beweisen, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Das muß sich früher oder später rächen. Wir haben nicht gegen die Teilnahme von Frauen an den Versammlungen, nur gegen die Zulassung von Minderjährigen erklärt wir uns. Deshalb können wir dem Antrag Auer nicht zustimmen, der ja auch keine Vorschriften über den Ausschluß bewaffneter Personen und die Angehörigkeit enthält. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig.

Lieber (S.): Für den Antrag Auer werden wir nicht stimmen, das ist den Herren wohl auch lieber so. Drei Dinge verlangt das arbeitende Volk: 1. das Korporationsrecht der Vereine; 2. die Sicherung der Koalitionsfreiheit und 3. die Aufhebung des Koalitionsverbots für politische Vereine. Auf dieses Ziel streben wir los. Die Antragsteller hätten warten sollen, bis unser Antrag, der Antrag Bachmehl und der Antrag Hoffmann im Plenum erledigt waren. Wir werden gegen die Kommissionsberatung stimmen, dagegen darauf halten, daß die genannten drei Anträge hintereinander im Plenum erledigt werden. Dann werden wir einmal sehen, durch wen das arbeitende Volk wirklich etwas erzielt, durch uns oder die Sozialdemokraten. (Bravo!)

Richter (S.) empfiehlt nochmals Kommissionsberatung. **v. Massow (S.)**: Wir sind gegen den Antrag Auer und gegen Kommissionsberatung. Die ganze Materie gehört nicht hierher, sondern vor das preussische Abgeordnetenhaus. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) Wir beharren, daß es dort nicht zu einer Vereinbarung wegen der Heftigkeit des Koalitionsverbots für politische Vereine gekommen ist.

Stolte (S.): Die Teilnahme der Frauen an den öffentlichen Versammlungen ist unbedingt geboten. Wenn wir hören, wie in Sachsen trotz eines 11stündigen Normalarbeitstages Frauen noch mit 14stündiger Heberarbeit beschäftigt werden, so folgt schon daraus, daß es den Frauen erlaubt sein muß, sich zu organisieren und in öffentlichen Versammlungen ihre Beschwerden vorzubringen. Man meint ferner, es sei doch unmöglich, auch 14jährige junge Leute an den Versammlungen teilnehmen zu lassen. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, aus welchen Gründen mir ein 14jähriger junger Mann bedeutend mehr Verantwortung, an politischen Versammlungen teilnehmen zu lassen scheint, als ältere erfahrene Leute. Und schließlich wird man mir doch zugeben, daß, wenn man die jungen Leute von 16 Jahren zum Steuerzahler heranzieht, man ihnen auch das Recht geben muß, in politischen Dingen mitzubestimmen. Die Anträge der Herren Nationalliberalen und des Zentrum sind gar nichts, da sie eben nicht weit genug gehen. Der gute Wille allein hilft nichts. Wir haben ja gesehen, wie es mit dem Versprechen des Reichskanzlers gegangen ist, das er im Namen der Regierung hier abgegeben hat. Die Regierung denkt gar nicht daran, dasselbe einzulösen. Ebenso kümmert sich der Bundesrath nicht im Geringsten um die wiederholten Beschlüsse des Reichstages, betreffend Aufhebung des Koalitionsverbots. Bei der herrschenden Polizeipraxis ist es eben unbedingt geboten, daß wir ganz klar aussprechen, daß alle Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts das Recht haben, sich an politischen Leben zu beteiligen. In Neuchâtel existieren ja sogar noch Bestimmungen, nach denen überhaupt keine politischen Vereine bestehen können. Wenn also die Herren vom Zentrum und die Liberalen wirklich beweisen wollen, daß sie die Interessen des Volkes schützen, so müssen sie für unseren Antrag stimmen.

Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) erklärt, daß seine politischen Freunde für eine reichsgesetzliche Regelung der Materie sind und für Kommissionsberatung stimmen werden.

Zubeil (S.): Die Majoritätsparteien wünschen zwar die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie, aber sie haben nicht den ersten Willen, in der Sache einen Abschluß herbeizuführen, sonst würden sie für unseren Antrag stimmen müssen. — Herrn Abg. Lieber frage ich, was hat die Bildung von Berufsvereinen mit unserem Vereins- und Versammlungsrecht zu thun? Erhalten denn damit die Frauen auch nur das geringste Recht, am politischen Vereinsleben theilzunehmen? Durch solche Einwände erreichen Sie nur, daß diese so hochwichtige Angelegenheit immer wieder hinausgeschoben wird. Kommt es doch bei uns in Preußen noch vor, daß die Frauen nicht an öffentlichen Festlichkeiten politischer Vereine theilnehmen dürfen, so daß dann die Männer unter sich tanzen müssen. (Heiterkeit.) Bei dieser Gelegenheit können auch die Majoritätsparteien einmal ihren Muth beweisen, daß zu verlangen, was sie beschließen haben, indem sie auf die Regierung einen Druck ausüben. Hier können sie ihre Beschlüsse in die That umsetzen. Nachdem die Herren Konservern im preussischen Abgeordnetenhaus alle Mittel und Hebel in Bewegung gesetzt haben, um zu verhindern, daß das Vereinsrecht in unserem Sinne verändert werde, werden sich die Majoritätsparteien des Reichstages mit der äußersten Rechte wohl abfinden müssen. Ich bitte sie also, wenn Sie wirklich wollen, daß etwas in dieser Sache geschehen soll, den § 1 in zweiter Lesung anzunehmen. Bis zur dritten Lesung haben Sie ja dann noch Zeit, Amendements zu stellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird der Antrag auf Verweisung des Antrags Auer an eine Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten abgelehnt. Ebenso § 1 des Antrags Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der libidinalen Volkspartei.

Singer (S.) zieht darauf im Namen der Fraktion den Rest des Antrags Auer zurück.

Es folgt die Beratung des nachstehenden Antrags der Abgg. Müller-Waldeck und Liebermann v. Sonnenberg:

Um den vielfach hervortretenden Mißbräuchen auf dem Gebiete des Privatversicherungswesens entgegen zu wirken, soll für alle Privatversicherungsgesellschaften eine staatliche Prüfung und Genehmigung der von ihnen aufgestellten Versicherungsbedingungen vorgeschrieben werden.

Müller-Waldeck (A.) schildert zur Begründung des Antrags die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten und erklärt es für die Pflicht des Staates, den Praktiken unsolider Versicherungsgesell-

schaften, insbesondere der Lebensversicherungen, energisch entgegenzutreten.

Bogtherr (S.): Ich bin im Prinzip mit dem Antrage einverstanden. Doch glaube ich, daß das Bild, das er von dem Versicherungswesen gegeben, geeignet ist, falsche Vorstellungen hervorzurufen. Es klingt dem Laien so riesenhalt, wenn er von den Hunderten von Millionen hört, die da fließen, denen gegenüber nur Tausende von Millionen als Verwaltungsmitteln stehen. Aber man muß eben das Risiko bedenken, daß diese Gesellschaften haben, dann ändert sich das Bild. Auch ich halte eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie für erstrebenswerth; doch denke ich sie nicht in Form einer Staatsaufsicht, die selbst dem Interesse der Versicherten zuwiderlaufen würde. Redner giebt eine Uebersicht über die bisherigen Bestimmungen, das Versicherungswesen reichsgesetzlich zu regeln. Es gelangte auch schon einmal an das Abgeordnetenhaus, als ein Gesetzentwurf mit der Begründung, daß sich der Bundesrath dem nicht befassen wollte. Fürst Bismarck hat auch eine gesetzliche Regelung befürwortet, soweit sich die Versicherung in den Händen von Privatgesellschaften befand; er hat ein Rundschreiben erlassen, aber dies hat zu einer Gesetzes-Maßnahme nicht geführt. Eine Reihe von Einzelbestimmungen, die das Versicherungswesen langweilen, sind ja in den verschiedenen Reichsgesetzen enthalten, z. B. in der Gewerbeordnung, was uns fehlt, das ist eine durchgreifende Zusammenfassung. Und daher kommt die unzulässige Buntstückigkeit der Versicherungsbestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten. Redner geht sie der Reihe nach durch und beweist, daß die Konzeptionspflichtigkeit der einzelnen Gesellschaften durchaus nicht liberall oder doch nur in sehr seltenen Formen vorhanden ist. Auch, es erhebt die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regelung. Aber diese kann sich nur darauf erstrecken, daß das Versicherungsgeschäft auf eine durchgängig vertrauenswürdigste Basis gestellt wird; eine weitere Polizeianficht kann ich nicht guthießen. Es ist z. B. unzulässig, gesetzlich zu verhindern, daß die Vertriebsstellen finanziell drangeführt werden. Verhindert man jedoch, daß die Agenten da die Oberhand bekommen; Agenten sind keine Heilmittel, und solche braucht man zur soliden Leitung des Versicherungswesens. Die Staatsaufsicht kann einen wirklichen Nutzen nicht erzielen. In America stand nämlich die kontinentale Lebensversicherungsgesellschaft seit ihrer Begründung unter Staatsaufsicht; noch 1876 erklärte die Regierung, daß die Gesellschaft durchaus tadellos funktionirte, nach 1877 war diese nicht mehr der Fall. Ein ähnlicher Fall ist in Preußen geschehen. Dort lag das daran, daß die Gesellschaft auf wissenschaftlich falscher Basis operirte; davon verstand die kontrollirte Behörde natürlich auch nichts. Das Versicherungsverfahren, das ich vorschlagen würde, ist dasjenige, das seit 1870 in England besteht und sich dort außerordentlich bewährt hat. Es schließt eine überflüssige staatliche Kontrolle und es beschränkt sich darauf, für eine gleichartige Weltwärtsführung zu sorgen. Wenn irgendwo, so muß beim Versicherungswesen das Recht der internationalen Beweglichkeit anerkannt werden. Jede engere Maßregel gegenüber den ausländischen Versicherungsgesellschaften könnte hier nur das Publikum schädigen. Was würden Sie wohl dazu sagen, wenn Griechenland und Portugal den dort thätigen ausländischen Versicherungsgesellschaften gebieten wollten, ihre Prämien in Griechenland und Portugal anzulegen? Das würden Sie wohl anerkennen. Also dürfen auch Sie nicht mit kleinlichen Beschränkungen gegen das Ausland vorgehen. Was die Verstaatlichung des Versicherungswesens anlangt, so bin ich der Meinung, daß sie das Ende aller Bestrebungen sein muß, die auf Annahmehaltung der Versicherung für das Volk hinstreben. Allein die Ersparnisse in der Verwaltung, die Hunderte von Millionen betragen würden, sollten hier schon ausschlaggebend sein, vorausgesetzt, daß an der anderen Seite nicht ein schädlicher Bureaokratismus Platz greift. Aber die gegenwärtige Regierung ist noch so sehr mit ganz anderen Dingen beschäftigt, daß sie sich nicht so durchgreifenden wirtschaftlichen Maßregeln nicht befassen kann. Die Agrarier, mit denen die Regierung ja in intimer Verbindung steht (Heiterkeit), würden sich für diese Sache vielleicht mehr interessieren, wenn sie irgend etwas aus ihr herauszuschlagen könnten. Und da ist ja zum Glück aus der Pöbel- und Viehversicherung etwas zu schaffen. Um es zu verhindern: Wir sind für die Verstaatlichung des Versicherungswesens, wie wir für die Sozialisirung aller Institutionen sind. Da eine solche zur Zeit nicht in Aussicht steht, so können wir einweisen, nichts thun, als eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung empfehlen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Salisch (Antif.) erklärt, seine Freunde bräuchten dem Antrage ihre volle Sympathie entgegen. Die Mißstände, die dem Publikum das Vertrauen zu den Gesellschaften nehmen, sind Schuld daran, daß das Versicherungswesen bei uns nicht den Aufschwung genommen hat, wie z. B. in England. Eine Verstaatlichung können wir dagegen nicht guthießen.

Direktor im Reichsanzeiger Dr. Wobete theilt mit, daß die Regierung Willens sei, ein Reichsversicherungsgesetz vorzulegen. Dessen Grundzüge seien bereits ausgearbeitet und den Interessenten zur gütlichen Aeußerung unterbreitet. Demnach würde der Entwurf selbst ausgearbeitet und so schnell wie möglich den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden. Den Wünschen des Abg. Bogtherr würde dieser Entwurf allerdings wohl kaum entsprechen.

Abg. Groeber (S.) kann sich unter diesen Umständen für die Annahme des Antrags nicht entscheiden.

Abg. Dr. Jammacher (natl.) schließt sich dieser Ansicht an. Die bloße Staatsaufsicht nütze nichts; auf diesem Gebiete müsse gründlich reformirt werden.

Abg. Dr. Pieschel (natl.) weist als Vertreter von Schwarzburg-Sondershausen den Ausdruck „libidinal“, den Abg. Bogtherr auf Leute dieses Landes gebraucht habe, zurück. Die Sozialdemokraten sollten nicht immer so libretiren. Die Herren wollten ja alles von Grund aus angestalten, aber sie gehen dabei nicht ganz ehrlich vor. (Dol! links.) Hier reden sie friedlich und im Lande sprechen sie immer von Kladderadatsch. (Große Heiterkeit.) Also sagen Sie uns einmal, was sie wollen. (Heiterkeit.) Präsident von Buol erachtet den Redner, zur Sache zu kommen. Ja so, also Sie (nach links), besonders Herr Singer, brauchen immer so starke Ausdrücke; wenn Andere reden, rufen Sie „Insinn! Blödsinn u. s. w.“ Leghin habe ich mir alle diese Ausdrücke notirt. Herr Bogtherr bemerkt das und sah mich sehr böse an. (Große Heiterkeit.) Präsident v. Buol erachtet den Redner, endlich mehr das Versicherungswesen zu besprechen. Er sei selbst ehrlicher, dann werden Sie auch über andere objektiv urtheilen. (Heiterkeit.)

Abg. Bogtherr (S.) bedauert es, Herrn Pieschel in seiner Schwarzburg-Sondershausenschen Ehre gekränkt zu haben. Sachlich könne er nichts zurücknehmen.

Abg. Singer (S.) rüth Herrn Pieschel, die herrliche Angewohnheit zu lassen, private Aeußerungen zu notiren.

Im Schlußwort erklärt

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.), daß er nach den Erklärungen des Herrn Ministerialdirektors seinen Antrag zurückziehe.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr (Fortsetzung der 1. Beratung der Postdampfersubventions-Vorlage. Etat der Eisenbahnverwaltung.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Lübeck und Umgebungsgebiete.

17. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt. Das Strafkomitee. J. A.

Ergebene Anfrage an den Herrn Fabrik-(Gewerbe-) Inspektor? Die Jahresberichte des bayerischen und bayerischen Fabrikinspektors für das Jahr 1897 sind bereits erschienen und werden in der Presse besprochen. Wir vermiffen noch immer den Lübeckischen für 1896 — quousque tandem?



Hinein in den sozialdemokr. Verein!

Das feudale Ansehen und die gelammte Kapitalistenklasse sind an der Arbeit, um die geringen politischen Rechte des Volkes zu vernichten und ihnen großen Vortzug auf seinen Geldbeutel zu unternehmen. Die Regierung ist diesen Elementen nicht nur eifrig zu Willen, sie sucht durch eine abenteuerliche auswärtige Politik die Aufmerksamkeit des Volkes von den immer unabweisbarer werdenden inneren Zuständen des Reiches abzuwenden.

In dieser Zeit der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ist ein fester Zusammenhalt oder wirklich freiheitlich geknüpften Männer zur absoluten Nothwendigkeit geworden. Der

sozialdemokratische Verein zu Lübeck

ist von jeher für die Rechte der unterdrückten Volksklassen energisch eingetreten, er repräsentirt die lokale Organisation der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Lübeck.

Parteilosen, Arbeiter! Es ist notwendig, daß wir schon jetzt zu den nächsten Wahlen rücken, denn der Kampf wird diesmal noch viel heftiger als früher werden. Wir fordern daher alle diejenigen, die mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie einverstanden sind, auf, unserem Vereine beizutreten und so durch Leistung des geringen regelmäßigen Monatsbeitrages und 20 Pfennigen unsere Kampfkraft zu erhöhen.

Aufnahmen finden statt bei dem Kassirer

Gustav Kühler, Götterstr. 18, und in den am ersten Montag nach dem Ersten eines jeden Monats im

Vereinshaus, Johannisstr. 50, stattfindenden Mitgliederversammlungen.

Hinein in den sozialdemokr. Verein!



Graf Posadowsky und die Koalitionsfreiheit vor dem Reichstag. In allen Versammlungen bilden gegenwärtig die Debatten über den Posadowsky'schen Erlaß das fesselndste Verhandlungsthema und bei den bevorstehenden Reichstagswahlen werden sie eine hervorragende Rolle in der Agitation gegen den neuen Kurs Stumm-Posadowsky spielen. Es ist daher zu begrüßen, daß diese Debatten in ihrem Wortlaute unter dem Titel Graf Posadowsky und die Koalitionsfreiheit vor dem Reichstag von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wurden. Die 112 Seiten starke Broschüre zum Preise von 20 Pf. enthält nicht nur die vortrefflichen und scharfen Ausführungen unserer Genossen Wurm, Singer, Legien und Fischer, sondern auch die der Gegner und des Staatssekretärs, und außerdem ist der Erlaß in seinem Wortlaut, die in Frage kommenden Strafparagrafen, sowie das Parteiprogramm als Anhang beigegeben. Wir empfehlen die Agitationschrift bestens. Verkäuere: Leute und Gewerkschaften erhalten zu Agitationszwecken die Schrift zum Selbstkostenpreise.

Frühlingsarbeiten. In der Straßendorfer Allee stutzt man z. Bt. die Bäume fein läubertlich zurecht, auf den Galgenbrookswiesen wird ebenfalls fleißig gearbeitet, als ob wir garnicht mitten im Februar ständen. Der Steckbrief Falbs gegen den Winter hat nichts gefruchtet, ja letzterer verspottet den Gefrungen noch, indem er morgens blitzt und donnern läßt, während nachmittags bei klarer Sonne frische Weise weht, wie im launischen April.

Bom Tage. In Haft geriethen mehrere Arbeiter, die beschuldigt werden, Kaffee, Rosinen, Nüsse, Taback und Anderes mehr aus dem Bollschuppen entwendet zu haben.

Der Raubmörder ist bisher noch nicht entd.ekt. Man glaube, ihn in Stettin auf der Spur zu sein. Diese Annahme hat sich jedoch als irrig erwiesen.

In Freies Stunden. Illustrirte Apmanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“) Preis pro Heft 10 Pfennig bringt in Heft 6 und 7 des laufenden Jahrgangs: Der Büllner von Klausen, Roman aus dem Bauernkrieg von F. v. Wildenradt (Fortsetzung). Neben dem Roman enthalten die Hefte 6 und 7: Da va schwirzt Michel (Eine Schmutzgeschichte) und Zwei Pariser Skizzen (Sittenbilder von Knut Hamsun). Ferner Dies und Jenes (Heuiletonistische und kulturhistorische Notizen). — Witz und Scherz.

Pferdemarkt. Am Donnerstag, den 3. März d. Js., wird der erste diesjährige Pferdemarkt auf dem an der Fackenburg Allee nordwestlich von der Waisenhof-Allee belegenen Terrain abgehalten werden. Für die an den Markt zu bringenden Pferde ist ein Unbindgeld von je 45 Pfennigen zu erlegen. Pferde, welche mit dem Kopf der Kräfte oder mit anderen ansteckenden Krankheiten behaftet sind, dürfen nicht an den Markt gebracht werden.

Telephonwesen. Diejenigen Personen, welche im ersten Vanabschnitt dieses Jahres (April bis einschließlich Juli) an eine der im Ober Postdirektion bezirkte Hamburg daselbstenden Stadt Fernsprecheinrichtungen angeschlossen zu werden wünschen, wollen ihre Anmeldung thunlichst bald, spätestens aber bis zum 1. April, an die Kaiserliche Ober-Postdirektion in Hamburg einreichen. Die Einreichung der Sprechstellen erfolgt für jede Stadt Fernsprecheinrichtung in der Reihenfolge der Anmeldungen.

Holzverkäufe. Am Freitag, den 25. Februar d. J. Vormittags 10 Uhr, sollen in der Gastwirtschaft von Neu-Lauerhof, Krümmstraße, aus dem Israelitischen Forstreviere, Bunt Westoe, Forstort Mierelaud, ca. 250 Nm. Kiefern Klust und Knippelholz und am Montag, den 28. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, in der Forststätte zu Krümmelhof aus dem Israelitischen Forstreviere, Forstort Schwerin, Lauerh. Feld, Steinkrug, Buchenberg, Trabanten und Schellbruch ca. 25 Nm. Eichen Pfahlholz, à 2 Nm. lang; ca. 180 Haufen Eichen Stangenholz (Kiepen- und Pfahlholz); ca. 250 Haufen Eichen, Buchen, Weichholz (Erbsenholz) und Nadelholzbusch öffentlich meistbietend verkauft werden.

Hamburg. Die Beteiligung bei den Bürgerschaftswahlen war eine ganz ungewöhnlich große. Im Durchschnitt beteiligten sich 90 pCt. der Wahlberechtigten an der Wahl, während bei der Reichstagswahl in Hamburg nur 80-85 pCt. und bei den Bürgerschaftswahlen bisher nur etwa 50-60 pCt. erreicht wurden. Diese enorme Beteiligung ist darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie zum ersten Male offiziell an der Wahl teilnahm. Die ganze Wahlagitatorik stand denn auch unter dem Einfluß dieses Umstandes. Sie haben die alten Bürgerschaftsparteien eine so nachhaltige Agitation entfaltet und sich eine solche so viel kosten lassen. Die Angst, daß die Sozialdemokratie in das Hamburger Rathaus einziehen könnte, war ganz ungeheuerlich. Für diesmal hat man den Sturm der Sozialdemokratie abgesehen, es ist, wie schon gemeldet, keiner unserer Kandidaten gewählt; aber in allen Bezirken haben wir starke Minoritäten erzielt. Etwa 12 1/2 pCt. der abgegebenen Stimmen fielen auf unsere Kandidaten. Die Antifemiten erhielten etwa 19 pCt., die

übrigen Stimmen bekamen die alten Bürgerschaftsparteien. Auf einen Sieg auch nur eines ihrer Kandidaten hatte unsere Partei nicht gerechnet. Erstens ist der Wahlergebnis noch immer zu hoch und außerdem war ein Sieg durch folgenden Umstand ausgeschlossen. Im vorigen Jahre wurde bei der Verfassungsänderung die Erwerbung des Bürgerrechts erleichtert. Jedermann kann unentgeltlich das Bürgerrecht erwerben, der ein Einkommen von 1200 Mark durch fünf Jahre hindurch versteuert hat. Sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes erhielten sämtliche Beamte, Polizei, Post, Gerichtsbeamte u. s. w. von ihrer vorgesetzten Behörde den Auftrag, Bürger zu werden. Infolge davon ist der größte Teil der Neubürger Beamte, und diese wählen fast ausnahmslos antifehmisch. Sie sind äußerst unzufrieden mit ihrer Lage, wagen aber nicht sozialdemokratisch zu wählen. Deshalb fallen sie dem gewissermaßen noch immer kampfkräftigen Antifehmismus zu, der ihnen ohnehin noch Menge verspricht. Für jede freie kommunistische Wahl befinden sich jedoch unsere Ansichten, wie schon die letzten Monatsstatistiken des Bürgerrechts eine Veränderung bezüglich dieser Verhältnisse erkennen lassen. Für den Anfang hat unsere Partei einen guten Erfolg erzielt und eine planmäßige Agitation wird dafür sorgen, daß das Gemeinwesen nicht nur stillgehalten, sondern erheblich vergrößert wird.

Altona. Das Schwurgericht verurteilte gestern den Arbeiter Kn... aus Witten wegen Weibschändung unter strafwürdiger Berücksichtigung des Umstandes, daß die Bekundung der Wahrheit ihm Strafe eingetragen haben würde, zu 9 Monaten Gefängnis.

Hartorf. Lohnbewegung. Die auf der hiesigen Brauerei ausgebrochenen Differenzen sind eine Folge der Weigerung der Direktion, Lohnerhöhung zu bewilligen, und des arglistig unerträglichen Verhaltens des Braumeisters. 2 Arbeiter und 1 Heizer arbeiten weiter.

Wandsb. Ueber den verstorbenen Stadtrat Schow, dessen Iwelle Begräbnis, von denen er sich bei der praktischen Vertheilung seiner Erziehungsmethode hat leiten lassen, von der übergroßen Mehrheit unserer Zeitgenossen so schön verkannt worden ist, ist sich in den Anfängen des 50jährigen Be-

stehens des Bürgervereins herausgegebenen Gedenschrift eine interessante Stelle, die wir unsern Lesern nicht vorkommen lassen wollen. Nachdem darauf hingewiesen, daß die in den Jahren 1890 und 1891 veranstalteten Versammlungen zwecks Wehrnachbesprechungen an bedürftige Leute Minuträge von 1311,30 bezw. 1300 Mark erzielt hatten, heißt es weiter in der Schrift: Nachher wurden diese Besprechungen trotz vielfacher Bemühungen seitens des Vereins nicht gestattet. Wir verdanken dem verstorbenen Polizeimeister, der eine, durch nichts begründete, ungünstige Ansicht über unsern Verein an den Herrn Regierungspräsidenten gegeben hatte, eine große Ersparnis an Arbeit und Kosten; unserer armen Bevölkerung sind dadurch zirka 5000 Mark entzogen worden. Ob der Herr Polizeimeister wohl einmal darüber nachgedacht hat, wie manche Sorge wir hätten vortragen, wie manche Thräne trocken können, wenn er uns entgegengekommen wäre? Wohl schwerlich! (Zum Nachdenken über solche Angelegenheiten hat der verehrlichste Herr Polizeimeister doch keine Zeit gehabt). Wir haben später Gelegenheit gehabt, bei demselben Herrn unsere Karte abzugeben, als wir gegen seine ideale Erziehungsmethode Protest erhoben."

Stadttheater. Morgen, Freitag, geht eine große Doppelvorstellung in Scene. Zuerst wird Hoffmäs' unverlebte Oper „Der Barbier von Sevilla“ mit Frau Adler-Gugonnet als Rosine gegeben. — Hierauf folgt das gemüth- und humorvolle Volksstück „Gebildete Menschen.“ Sonnabend geht zum letzten Male „Die versunkene Glocke“ in Scene. Die nächste Aufführung der mit beispiellosem Erfolge aufgenommenen Lustspielcomödie „Im weissen Röss'l“ findet Sonntag, Abends 7 Uhr statt.

Stierfangzug-Bekehrung. Hamburg, 16 Februar
Der Schweinehund verließ trägt.
... 2190 ... 66 68 ... 49 54 ... 54 56 ...

See-Berichte.
D. Jar, Kapit. Efers, ist von Rensfahwasser nach Warnemünde abgedampft.
D. Afrika, Kapit. Andersen, liegt abgangsfertig in Haugb. Schneesturm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Zu vermieten 1 Damen-Mastenanzug
Preis 2 Mk. Engelsgrube 88.

Zu vermieten flotter Mastenanzug
(Muderin), billig. Teichstraße 3, Et.

Gesucht eine freundliche Wohnung
Mitte der Stadt für zwei Leute mit einem Kind. Off. unter A B an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung
von 2-3 Zimmern bis 230 Mk. Angebote unter W 47 an die Exped. d. Bl.

Feine und grobe Wäsche
wird sauber gewaschen und gebleicht.
Wittchenstraße 33, 1. Et.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend zur gefl. Anzeige, daß ich das

Colonial- und Fettwaarengeschäft
Engelsgrube 72

von Herrn Benno Hill übernommen habe und bitte gütlich, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll

F. Kreuzfeldt
Engelsgrube 72.

ff. geräucherter Land-Schinken, sowie ff. geräucherte Land-Keilwürst empfiehlt

A. Jaeschke, Engelsgrube 75.

Feinste u. hochfeinste Margarine
Pfd. 50 u. 60 Pfg., pr. weißes Schmalz Pfd. 40 Pfg., frisch gebranntes Caffee Pfd. 80, 100, 120, 140, 150 Pfg., schöne süße Pfannkuchen Pfd. 25 und 30 Pfg., Backäpfel Pfd. 40 Pfg., Backbirnen Pfd. 25 u. 30 Pfg., und alle sonstigen Colonial-Waaren billigt. Krummester Doppelkummel, Korn-Kummel, Rum u. s. w. empfiehlt
Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Bratenschmalz Pfd. 30 Pfg.
Bestes Flohmenschmalz Pfd. 70 Pf.
A. Schlie, Mühlentstraße 20.

Echte gute Strickgarne, Herren-Normalpenden und Jacken zu den billigsten Preisen
Ludwigstrasse 2, 1. Et. (Hofenthor).
Kein Laden.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.
Inh. G. Teichgräber.

Große öffentliche Protest-Versammlung
am Mittwoch den 23. Februar, Abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Dürkop, Central-Hallen.

Tages-Ordnung.
Der Erlaß des Grafen Bjadowsky und das Coalitionsrecht.
Referent: Theodor Schwartz.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberafer.

Grosse Auction!
am Freitag den 18. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr
in der Hundstraße 41
über: 1 Mahagoni-Bettstuhl und eine dito Commode, 1. und 2. schlägige Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen, Ungarwein, ff. Cigarren, Kinderwagen, Commoden, Sophasche und verschiedenes nicht Genannte mehr
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Herbstfang-Flohm-Heringe
en gros — en detail
empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8.
Zur Rettung von Cranksucht!
Verfende Anweisung nach langjähriger ärztlicher Methode zur sofortigen totalen Heilung mit, auch ohne Bewußtsein, zu vollziehen, keine Berufshörung, unter Garantie. Briefen sind 50 Pfa. in Briefmarken beizufügen. Man adressire: „Medizinische Buchhandlung Bied, Leopoldshöhe, Baden.“

Volkstextikon
Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handwerkswissenschaften, Sozialpolitik, nebst Generalregister.
Unter Mitwirkung von Sachverständigen herausgegeben von
Emanuel Warm.

Billig! Weil gut und dauerhaft!
sind meine
Breiter Schuhwaaren
als:
Schafstiefel, Halbtiefel, Zug- und Schnürschuhe.
Ferner soll geräumt werden zu bedeutend ermäßigtem Preis:
Ein Posten Damen-, Mädchen- und Confirmanten-Knopfstiefel mit und ohne Lack.
Nach empfehle ich alle Sorten sonstiges Herren-, Damen-, Mädchen- und Kinder-Fußzeug in schwarz und braun, Sport-schuhe, Gelpantoffeln u. s. w.
Rud. Kracht, Lübeck,
Rakeburger Allee 40.

Folker's Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfiehlt
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Gasthof Drei Kronen Packerburg.
Am Marktage, Montag den 21. Februar:
Großes Tanzkränzchen
im neu decorirten Salon.
Fr. Lange.

Öffentliche Former-Versammlung
am Freitag den 18. Februar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
Die kommenden Kämpfe der Former und Metallarbeiter unter Berücksichtigung der neuesten Maßnahmen der Unternehmer aus der Aera Stumm.
Referent: M. Sandler-Düffeldorf.
Die Metall-Arbeiter sind hierzu eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberafer.
Laut Beschluß der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung des Gesangsvereins „Einigkeit“ ist Herrmann senior aus dem Verein gestrichen.
Der Vorstand.

Einladung zum Fastnachtsball
der
Schiffbauer-Kranken-Kasse
am Fastnachtmontag den 21. Februar
im Lokale des Herrn Dürkop, Centralhallen.
Anfang 8 Uhr Abends. Ende 4 Uhr Morgens.
Entree 1 Mark.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Sonntag den 20. Februar 1898:
Gastspiel des Stadttheaters.
Don Cesar.
Große komische Operette in 3 Akten von Dellinger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf bei Herrn Cowalsky, Sandstr.
Trotz der Operette keine erhöhten Preise.

Stadt-Theater.
Freitag: 94 Abonnem.-Vorst. 4. Abthl. roth. Freitag-Abonnement Nr. 16.
Große Doppelvorstellung bei einfachen Preisen.
Der Barbier von Sevilla
Hierauf: Reueheit!
Gebildete Menschen.
Volksstück in 3 Akten von Victor Leon.
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Sonnabend: 95. Abonnem.-Vorst. 5. Abthl. blau.
Zum letzten Male:
Die versunkene Glocke.
Nächste Aufführung von
Im weissen Röss'l
Sonntag, Abends 7 Uhr. Außer Abonnement.
Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24.
Heute Freitag: Bohnensuppe, Sauerbraten, Kartoffeln, Sauce, Sträuben.

Chronik auf das Jahr 1848.

18. Februar. Italien. In Neapel, in Piemont und Toscana waren Befreiungen gegeben worden. Das Bürgerthum feierte Frauenfest. Aber überall traten hoch Anzeichen hervor, daß das Proletariat nicht befriedigt war. Vor dem Schloß in Neapel riefen Menschmüssen um Arbeit. In Florenz war dem Herkommen entsprechend der Hauptzins auf acht Monate fällig. Es entstanden Unruhen, und viele Wirthe mußten von der Entreibung des Geldes absehen. In Neapel machten sich um diese Zeit bei den Arbeitern kommunistische Tendenzen bemerkbar. Bald darauf, während des Ausbruchs der Pariser Februar-Revolution, läßt der Papst dem Kaiserlichen Botschafter durch den Nuntius anzeigen, daß er sich entschlossen habe, als Vorkämpfer des Kirchenstaates, seinem Volke eine Befreiung zu geben.

Der Bala-Prozess.

Paris, 14. Februar.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Es folgt alsdann die Vernehmung des Schreibsachverständigen Teyssonnieres. Dieser sagt, er habe das dem Dreyfus zugeschriebene Vorbereau zu prüfen gehabt und sich für die Identität der Schrift ausgesprochen. Er erzählt, später sei er zu seinem großen Erstaunen von der Liste der Schreibsachverständigen gestrichen worden; er habe aber die fälschlich gegen ihn erhobene geschäftliche Anschuldigung entkräften können und sei später, als Trarieu Justizminister war, wieder auf die Liste der vereidigten Experten gesetzt worden.

Teyssonnieres erklärt weiter: er habe in seinem Bericht erwähnt, daß 30 Biffen bezw. Worte absolut identisch waren; fünf derselben deckten sogar genau einander; er versichert, man habe mit allerhand Künsteln ein Faksimile des Vorbereaus hergestellt, um es der Schrift Esterhazy's ähnlich zu machen.

Teyssonnieres erzählt alsdann, Crepieux-Jamain, ein von der Familie Dreyfus zu Mole gezogener Graphologe, habe eines Tages die Frage an ihn gerichtet: Darauf habe er geantwortet: 200 Franken. Nun, habe ihm Crepieux-Jamain dann erwidert, die könnte Ihnen viel mehr einbringen, 100 000 oder 200 000 Franken. Darauf habe er, Zeuge, entrüstet verlegt: Das habe ich nicht nötig; ich habe was ich brauche, mein Haus gehört mir und ich habe täglich 4 1/2 Franken übrig. An anderen Tage, erzählt Teyssonnieres weiter, war Crepieux-Jamain wieder bei mir und als er dann fortging, küßte er mich und versicherte mich seiner Freundschaft. Meine Frau sagte gleich: „Das sind Judasküsse“, und so war es auch. (Beifall.) Hierauf wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fragt Clemenceau den Zeugen: Können Sie unter Ihrem Eid bekunden, ob man Ihnen Geld angeboten hat? (Unruhe.)

Antwort: Man legte mir ganz sanft nahe, daß ich in meinem Berichte einen Irrthum begangen haben könnte und that mir gegenüber die Aeußerung, die ich bereits berichtet habe.

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(41. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„O Dank, Dank für dieses Wort!“ Sie hebt die gefalteten Hände zu Irene empor. „Aber — Kind, ich floh, als ich an Deinem Krankenlager hätte stehen sollen —“

„Aus Furcht vor einer gerichtlichen Verfolgung. Ich weiß es aus Deinem Briefe. Sprechen wir jetzt nicht mehr davon! Nun steh' auf! Ich kann Dich nicht küssen sehen.“

Voll tiefen Mitgeföhls blickt Irene in die eingefallenen Blüge der Frau. Ihr Herz krampft sich zusammen beim Anblick dieser untrüglichen Zeichen des Elends und der Verwüstung.

Frau Forster lächelt im Stillen. Sie hat nicht umsonst Puder und Schminke verschmäh't. Sie kennt ihre Leute. Keußerlich jedoch bewahrt sie die studirte Unterwürfigkeit, den grenzenlosen Schmerz.

Endlich scheint es Irene's Bemühungen zu gelingen, sie ein wenig zu trösten.

„Du hast mir wieder Kraft gegeben,“ murmelt sie. „Ich war schwach und krank und mußte deshalb meine Stellung als Musiklehrerin in einer vornehmen französischen Familie aufgeben. Nun werde ich wieder arbeiten können — ich fühl' es.“

Ihre Stimme klingt hoch und heiser.

Irene erschrickt.

„Hast Du heut' schon etwas gegessen?“ fragt sie eifrig.

Labori: Ist das Vorbereau mit flüssiger Handschrift oder mit einer Handschrift geschrieben, die sich nach einer anderen richtet?

Zeuge: Es ist auf feines Papier geschrieben und enthält etwa ein Dutzend verschiedenartiger „o's; auch zahlreich andere Buchstaben wechseln darin in ihrer Form. Es sind darin Worte, die mit flüssiger Hand und andere, die mehr zögernd geschrieben sind.

Labori: Warum haben Sie denn in Ihrem Bericht gesagt, daß die Schrift des Vorbereaus das Bild einer Vertiefung sei?

Zeuge: Weil dies meine Uebersetzung ist.

Der Zeuge erzählt später: Als Maximal Gorge zu wissen bekam, daß ich der Schriftsachverständige in der Affaire Dreyfus gewesen war, drohte er, mich verhaften zu lassen. (Wenigstens.)

Trarieu, wieder angerufen erklärt, er habe im Jahre 1895, als er Justizminister war, Teyssonnieres wieder in die Liste der Schreibsachverständigen aufnehmen lassen. Derselbe war mir später sehr dankbar dafür. Teyssonnieres sprach zu mir von der Affaire Dreyfus und bemühte sich, mich von der Echtheit des Dreyfus zu überzeugen, an welcher ich zweifelte, seit ich davon sprechen gehört hatte, daß ein geheimes Schriftstück dem Kriegsgericht mitgeteilt worden sei ohne Wissen des Angeklagten und seines Verteidigers. Einige Zeit später, im Juni 1897, zeigte mir Teyssonnieres sein Altemstück über die Angelegenheit, was, wie er sagte, alle meine Zweifel zu beheben. Man wußte! Ich prüfte alle Schriftstücke auf das genaueste, ich prüfte sie in ihrer Gesamtheit, nachdem ich sie im einzelnen studirt hatte. Wie erklart war ich über die Ungleichheit der Schrift, während doch Dreyfus eine regelmäßige Handschrift schreibt. Auf meine Einwände erwiderte Teyssonnieres, der Verräther habe mit Absicht seine Handschrift verändert. Zeuge hebt die Widersprüche hervor zwischen den Zeugenaussagen Teyssonnieres hinsichtlich des Vorbereaus und den Erklärungen welche derselbe ihm früher über dasselbe Vorbereau gegeben habe.

Teyssonnieres wird nun weiter vernommen und gefragt: Aus Ihrer Aussage geht hervor, daß die Richter des Kriegsgerichtes die Schriftstücke mit den Darlegungen Ihres Berichtes keineswegs verglichen haben?

Antwort: Zweifellos.

Frage: Haben Sie in Ihrem Berichte nicht von den Unähnlichkeiten der Handschriften gesprochen?

Zeuge: Ich spreche in meinen Berichten niemals von Unähnlichkeiten. (Heiterkeit. Unruhe.)

Hier bemerkt Trarieu zu dem Zeugen: Aber bei unserer Unterhaltung haben Sie gewisse Unähnlichkeiten nicht in Abrede gestellt?

Zeuge: Das ist wahr.

Trarieu: Was dies betrifft, so muß ich sagen daß ich versichern kann, die Reproduktion des Vorbereaus im Malin gleicht dem echten photographischen Faksimile des Vorbereaus, daß ich gesehen habe, so sehr als nur möglich.

Hierauf wird zur Vernehmung des weiteren Schriftsachverständigen im Dreyfus-Prozesse, Charavay, geschritten. Derselbe verweigert die Antworten auf die ihm von der Verteidigung gestellten Fragen; er

sagt, Regel des Schriftsachverständigen sei, sich nur über abhängige Streitfragen zu äußern.

Labori zeigt der Jury Faksimile der Schrift in dem Vorbereau und der Schrift Esterhazy's und fragt Charavay: Ist die Schrift in dem Vorbereau eine natürliche oder eine verstellte?

Antwort: Ich werde hierauf nicht antworten, da ich nicht von der Staatsanwaltschaft hierher citirt worden bin. Ich bin amtlicher Sachverständiger und ich habe keine Anweisung, vor der Jury über eine bereits abgeurtheilte Sache anzujagen.

Labori: Würden Sie einem Menschen nur auf ein Schriftsachverständigen-Urtheil hin verurtheilen?

Präsident: Über das ist eine Ansicht. Man darf diese Frage nicht stellen.

Labori: Wenn es sich um Thatsachen handelt, darf man nicht fragen; wenn man prinzipielle Fragen stellen will, darf man es auch nicht. Wenn Sie uns gleich freisprechen wollen, dann verlangen wir gar nichts Besseres und werden auf nichts mehr drängen. (Anhaltende Weigerung.)

Präsident: Nun denn, so reden Sie!

Charavay: Niemals in meinem Leben würde ich auf ein bloßes Schriftsachverständigen-Urtheil hin irgend Jemandem verurtheilen, es sei denn, daß andere stiftliche Gründe hinwärteten.

Nach Charavay wird Pelletier, gleichfalls ein Schriftsachverständiger im Dreyfus-Prozess, aufgerufen.

Labori fragt denselben, ob die Schrift des Vorbereaus eine natürliche, geläufige sei.

Antwort: Jawohl; übrigens kann ich Ihnen, wenn Sie wollen, meinen Bericht vorlesen.

Der Präsident gestattet nach heftigem Sträuben eine Weitergabe des Inhalts.

Aus der Darlegung des Zeugen ergibt sich, daß seinem Bericht zufolge das Vorbereau ganz allgemeine Analogien und Schriftähnlichkeiten aufwies und nicht zu dem Schlusse berechtigte, daß das Vorbereau von einem oder der anderen der verdächtigen Personen geschrieben sei.

Nunmehr werden nacheinander die Schriftsachverständigen Gobert, Couard und Belhomme aufgerufen.

Die beiden letzteren, die Sachverständige in der Esterhazy-Sache waren, verneinen die Antwort auf die Fragen der Verteidigung unter Berufung auf das Amtsgeheimniß.

„Ich sehe schon,“ sagt Belhomme, „wohin Sie mich führen möchten; aber ich folge Ihnen nicht.“

„Nun,“ ruft Labori aus, „ich versichere, daß das Original-Vorbereau ganz dasselbe wie das Faksimile ist.“ (Widerspruch von verschiedenen Seiten.)

Labori bemerkt: Sie können protestiren, das kümmert mich nicht.

Zeuge Varinard weigert sich gleichfalls, über die Gutachtengabe im Esterhazy-Prozesse auszusagen.

Labori erklärt hierauf, er werde dem Gerichtshof seine Anträge unterbreiten.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Polizei hatte Abends die Umgebung des Justizpalastes geräumt. Einige Neugierige, die sich in Lüden geflüchtet hatten, begrüßten die Offiziere beim Verlassen

Frau Forster schüttelt den Kopf.

„Ich hatte gestern Abend Thee und Brod,“ sagt sie wie entschuldigend.

„Ich fürchtete es fast und ließ deshalb den Wagen unten warten. Mache Dich schnell fertig! Wir wollen in einem Restaurant zu Mittag essen!“

Heinliche Verlegenheit malt sich in Frau Forster's Zügen.

„Ich — ich kann nicht mitkommen,“ sagt sie stockend.

„Ich — ich habe nichts anzuziehen. Meine Kleider hat meine Wirthin als Pfand —“

„Hier, nimm dies!“

Und Irene legt eine gefüllte Börse in Frau Forster's widerstrebende Rechte.

XXIX.

Schon zum dritten Male trifft Ruth Lincoln bei einem beabsichtigten Besuch Irene nicht zu Hause.

Als sie zu Frau March ihre Verwunderung darüber ausdrückt, zuckt diese die Achseln. Das ginge fast jeden Tag so, meint sie. Seit Fräulein Douglas vor etwa vierzehn Tagen einen Brief erhalten habe, sei sie wie umgewandelt. Während sie früher still zu Hause saß, bleibe sie jetzt Abends oft bis Mitternacht fort — zum Aerger der alten Dame, die nicht früher schlafen gehen kann, da sie den Haus Schlüssel nicht aus der Hand giebt.

Fast jeden Morgen werde ein kostbares Bouquet für Fräulein Douglas abgegeben, und dann weine sie gewöhnlich und komme mit rothen, geschwollenen Augen zum Frühstück.

Frau March schließt ihren Bericht mit dem Bemerkten, sie fürchte, Fräulein Douglas habe schlechten Umgang gefunden, der sie vom Pfad der Tugend abziehe. . . .

Tief bekümmert verläßt Ruth Lincoln „Hofenheim“.

Auf der Fahrt nach ihrer Wohnung gehen ihr allerhand Gedanken durch den Kopf. . . .

Sie kämpft mit sich. . . . Doch ihre edle Natur siegt.

Am nächsten Postamt giebt sie folgende Depesche an Dr. Donald auf:

„Rehre sofort zurück! Deine Gegenwart ist dringend nötig.“

Irene steht in der Mitte ihres Zimmers, zum Ausgehen gerüstet.

Da klopf es an der Thür.

„Frau March läßt das Fräulein bitten, in den Salon zu kommen.“

„Sogleich.“

Langsam knüpft Irene die Handschuhe vollends zu. Sie erwartet Vorwürfe von Frau March. Schon gestern Abend hatte die alte Dame ihr kurz und nur wenig freundlich mitgetheilt, Ruth Lincoln sei abermals da gewesen.

Sinnend steigt Irene die Treppe hinab. Ihre Gedanken sind aber keine angenehmen, das beweisen schon die finster zusammengezogenen Brauen, der festgeschlossene Mund.

Sie öffnet die Thür zum Salon und prallt wieder zurück.

Ralph Donald steht vor ihr.

Einige Augenblicke blicken sie einander schweigend an. . . .

Welche Veränderung in dem Antlitz Weiber! Doch während Ralph Donald vorbereitet war, Irene verändert zu finden, ist sie durch den scharfen, bereits um Jahre gealterten Ausdruck in seinen Zügen schmerzlich überrascht.

des Gerichts mit Zursen. Das Fuhrwerk von Emilie Polas verließ den Platz, ohne daß es dabei zu einer Kundgebung kam.

Da Jaures gegenüber dem Dementi des Redakteurs Papillaud dabei bleibt, Papillaud hätte tatsächlich die ihm von Jaures im Prozesse Pola zugeschriebene Äußerung über Esterhazy gemacht, so hat Papillaud Jaures seine Zeugen geschickt.

Die Pistole ist ein schlechtes Argument, wo es sich um die Erkenntnis der Wahrheit handelt.

Der Sachverständige Crepieux-Jamin bezeichnet die Aussage Teyssonnières, betr. die angeblichen Bestechungsversuche, in einem offenen Briefe als einen absurden und abscheulichen Roman.

Sozialer und Partei-Leben.

Wißer. Bei der Stadtverordnetenwahl am Freitag wurde, wie schon kurz berichtet, als vierter sozialdemokratischer Vertreter der Genosse Werker Hugo Werlich in das Stadtverordnetenkollegium gewählt. Es entsiehlen auf Werlich 212, auf Amtsvorsteher Thumann 152 und auf Kaufmann J. Wilbe 64 Stimmen. Die „Sozialen Nachrichten“ jammern ob dieses Ereignisses: „In ganz kurzer Zeit sind jetzt vier Vertreter der Arbeiter in das Stadtverordnetenkollegium gewählt worden. Schließen sich die bürgerlichen Parteien nicht enger zusammen, so werden ihrer noch mehr werden, zumal der Beschluß der städtischen Kollegien, den Wahlsatz auf 9 Mark zu erhöhen, nicht die Bestätigung der Regierung gefunden hat.“

Aus Nah und Fern.

Geestemünde. Dem in der Generalversammlung der hiesigen Fischereifahrer-Vereinigungen erstatteten Geschäftsbericht über das erste Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1896 bis 31. Dezbr. 1897 entnehmen wir, daß alle Erwartungen, mit denen an die Gründung der Genossenschaft herangetreten wurde, sich erfüllt haben. Am Schlusse des Jahres betrug die Zahl der in regelmäßiger Fahrt nach Geestemünde befindlichen Fischdampfer 55. Vom 7. November 1896 bis zum 31. Dezember 1897 lieferten 70 Fischdampfer in 1873 Fangreisen und 231 Segelfahrzeuge ihren Fang an die Geestemünder Auktionshalle ab. Der Gesamtumsatz der Fischauktion zu Geestemünde beträgt 3204101,28 Mk., für welchen Preis im Ganzen 30394576 1/4 Pfd. Fische verkauft wurden. Der Monat Januar 1898 schloß ab mit einem Umsatz von 351545,89 Mk. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich ein Reingewinn von 10937,96 Mk., welcher die Verteilung einer Dividende von 31,25 Mk. per Geschäftsanteil = 5 pCt. für 25 Monate gestattet.

Der gerante Nachwächter. Lustige Brüder, die unlängst eine Omnibusfahrt von Halle nach Krossen machten, raubten auf dem Heimwege in Etsdorf den Nachwächter, nahmen ihn eine halbe Stunde mit und ließen ihn dann laufen. — So berichtet wenigstens die „Halle'sche Zeitung“.

Der Zeuge im Prozesse Dreyfus. Man schreibt der „Frankf. Btg.“ aus Rom, 11. Februar: Bassallo, der frühere Direktor des „Donchiscoto“ veröffentlicht im „Secolo XIX“ von Genua folgenden Dialog, welche die Art, wie der Zolaprozess geführt wird mit guter Satire geißelt:

Präsident: Huissier führen Sie — aber nicht zu hastig — den Zeugen vor!

„Sie sind gekommen, um mich zu schelten,“ sagte sie mit schmerzlichem Lächeln.

„Ja — zum Theil wenigstens.“

Seine Stimme klingt durchaus nicht böse. Herzlich ergreift er ihre beiden Hände und blickt ihr forschend in die Augen.

„Oder habe ich kein Recht, Sie zu schelten?“ fragt er nach einer Pause.

Sie senkt den Kopf.

„Gewiß, ich habe Unrecht gethan,“ murmelt sie wehmüthig. „Frau March ist sehr gut zu mir gewesen, und ich habe ihre Güte mißbraucht. Ach, Sie wissen nicht —“

„Und haben Sie nie den Wunsch gehabt, meinen Rath in Anspruch zu nehmen?“

„Ich bin ganz gesund.“

„Ah, Sie sehen in mir immer nur den Arzt! Wohl so lassen Sie mich als Arzt sprechen! . . . Nehmen Sie Platz! Nein, nicht dort! Mit dem Gesicht dem Licht zugewendet!“

Er geleitet sie zu einem Stuhl am Fenster und bleibt neben ihr stehen.

„Ihre Augen sind matt, Ihre Wangen bleich,“ fährt er eindringlich fort. „Um Ihren Mund hat sich ein müder, schmerzlicher Zug gelagert. Was bedeutet das wohl?“

Befangen senkt sie die Augen.

„Ich fühle mich abgespannt. Gestern war ich im Theater und dann in einem Restaurant. Ich kam spät nach Hause —“

„Ja, gegen ein Uhr.“

Wieder umspielt jenes wehmüthige Lächeln ihre Lippen.

(Der Zeuge tritt ein unsicheren Schrittes und schenken Alides.)

Präsident (strengen Tones): Sprechen Sie mir nach: Ich schwöre die ganze Wahrheit zu sagen!

Zeuge: Ich schwöre die ganze Wahrheit nicht nur zu sagen, sondern auch zu verschweigen, denn ich könnte . . .

Stimmen aus dem Publikum: „Das ist ein wahrer Patriot!“

(Zustimmung aus dem Publikum.)

Präsident: Sie sind also vorgerufen, um nicht auszusagen . . .

Labori: Ich möchte, daß der Zeuge befragt werde, ob . . .

Präsident: Sie nehmen sich zu viel heraus. Ihre Frage gehört nicht zum Prozeß, im Gegentheil, sie ist recht ungehörig.

Pola: Wir sind hier, um Licht zu schaffen.

Präsident: Das geht die Justiz nichts an. Lassen Sie mich doch den Zeugen mit Ruhe befragen. Und Sie (zum Zeugen), was wollen Sie sagen?

Zeuge: Ich weiß nicht . . .

Präsident: Gut, und haben Sie noch etwas hinzuzufügen?

Zeuge: Ich weiß, daß, als Dr. . . .

Präsident: Wenn. Das gehört nicht hierher. Hier handelt es sich nur um den Brief Pola's.

Zeuge: Den habe ich nicht gelesen.

Präsident: Und was halten Sie von ihm?

Zeuge: Ich habe gehört, daß Oberst Bicq. . .

Präsident: Was hat der Oberst hierbei zu thun?

Ich spreche von dem Briefe.

Labori: Aber dieser Brief beschäftigt sich doch mit der Affäre Dreyfus!

Präsident: Was geht das mich an. Wir dürfen uns hier nicht in die Affären Anderer einmischen. Und dann: lassen Sie doch einmal den Zeugen aussprechen. (Zum Zeugen): Fahren Sie fort.

Zeuge: Ich glaube, ich bin zu Ende.

Labori: Erzählen Sie uns doch Einiges von Ihrer Begegnung mit der verschleierten Dame.

Präsident: Aber was fällt Ihnen ein, hier von Verschleierungen zu reden! Das ist eine Beleidigung der Justiz. Hier soll im Gegentheil Alles entschleiert werden.

Labori: Dann geben Sie uns doch wenigstens die Adresse der Dame.

Präsident: Ich begreife Sie wirklich nicht. Ich, der ich Familienvater bin, soll mich nach interessanten Damen erkundigen! Und jetzt (zum Zeugen) werde ich Ihnen eine letzte Frage vorlegen: Besitzen Sie Schriftstücke?

Zeuge: Nicht, daß ich wüßte . . . Ah, doch ich habe eine Postkarte vom meinem Onkel, dem Spezereihändler aus Dijon erhalten, mit der er mir ankündigt . . . aber ich weiß nicht, ob ich's verrathen darf . . .

Präsident: Sprechen Sie nur frei heraus. Wir sind hier, um die volle Wahrheit zu hören.

Zeuge: Er theilt mir mit, daß er drei Töpfchen Senf und sechs Pakete Stearinkerzen abgeschickt hat.

Präsident: Sechs Pakete Kerzen! Ganze sechs? (Zum Gerichtsschreiber): Schreiben Sie das gleich in's Protokoll. Und dann soll noch Einer sagen, wir wollten hier nicht Licht schaffen! (Der Zeuge wird entlassen.)

Präsident: Huissier. Führen Sie den Zeugen Bieleicht vor.

Huissier: Er hat abgeschrieben.

Präsident: Und welche Gründe giebt er an?

Huissier (den Brief durchfliegend): Er leidet an einem gewissen Druck . . .

Präsident: Hat er auch ein ärztliches Attest beigefügt?

„Sie scheinen bereits Alles zu wissen —“

„Nein, nicht Alles. Und bevor ich die Diagnose stelle, muß ich mich erst ganz genau von verschiedenen Kleinigkeiten überzeugen.“

Sie erzittert leicht unter seinem scharfen forschenden Blick.

„Es ist hier gar so einsam,“ murmelt sie entschuldigend.

„Ich weiß es. Und diese Einsamkeit drückt Sie nach Ihrem glänzenden, abwechslungsreichen Leben, nicht wahr?“

„Ja. Ich bin ja nur ein Mädchen — ohne ernste Ziele —“

„Wenn Sie ein Mann wären und könnten Ihren heißesten Wunsch nicht erreichen — das Resultat würde ein gleiches sein. Ist ein ruhiges Leben stets ein unglückliches? Nein, Aber — sind Sie glücklich? Nein; Sie sind nicht einmal zufrieden. Sehen Sie hier das Vögelchen in seinem Käfig! Es singt im Gefängniß. Und Sie?“

Sie schweigt.

„Der kleine Vogel hat Alles, was sein Herz begehrt,“ fährt er leise fort. „Wir Menschen verlangen mehr als Lebensnothdurft; wir verlangen nach Liebe. In ihrem Besitz sind wir glücklich und zufrieden auch in den einfachsten Verhältnissen.“

Immer eindringlicher werden seine Worte, immer inniger seine Blicke.

„Sie sind ein Mann —“ stottert sie in höchster Verlegenheit, indem sie versucht, ihm ihre Hand zu entziehen.

Doch er umspannt dieselbe nur um so fester.

„— und darum eher zu befriedigen, meinen Sie?“

Huissier (liest): Verhindert zu kommen, weil ich unter dem Druck des Kriegsministers stehe.

(Und sind ähnliche Gerichtsverhandlungen nicht unbekannt. Es gelingt manchen Vorsitzenden vorzüglich, das nicht heranzubringen, was den Angeklagten entlasten könnte, namentlich in politischen Prozessen.)

Versteigerte Könige. Man berichtet aus London vom 1. Februar: Zwei längst verstorbene Könige und eine Königin kamen gestern in einem Auktionslokale am Convent Garden zur Versteigerung. Der erste wurde vom Auktionator vorgestellt als Ptolemäus II., König von Aegypten, der andere als Antiochus Soter, König von Syrien, und die Königin als Alvina, Gattin des Seleukus, Königs von Babylonien. „Ptolemäus II.“ war, glaube ich, der Sohn von Ptolemäus I., und das war ein großer General, einer von den Generalen Alexanders des Großen, wie man mir gesagt hat,“ rief der Auktionator dem mehr schau- als laustufigen Publikum zu. „Ich kann Sie versichern, meine Herren,“ sagte er weiter, „so ist das wirklich!“ „Antiochus,“ fuhr der Auktionator dann fort, „gehörte auch zu Alexanders Armee, und Alvina, die Gattin des Seleukus, macht die Kollektion vollständig, für welche ihr Besitzer seiner Zeit tausend Pfund Sterling verlangt hat! Nun bitte, meine Herren, machen Sie doch ein Gebot!“ Endlich bot Jemand zehn Guineen. „Was, nur zehn Guineen, das ist eine Beleidigung für die Könige!“ (In der That hätte auch ein deutscher Staatsanwalt die Beleidigung eines auswärtigen Monarchen daraus konstruieren können. Neb. d. U. B.) sagte der Auktionator. Dann wurden fünf Guineen mehr geboten, dann wieder und wieder 5 Guineen mehr, und endlich erstand ein Thierhändler in Liverpool die Kollektion einbalsamirter Könige für 75 Guineen. Für drei ägyptische Mumien war das ein äußerst niedriger Preis, auch wenn nicht die Leiche des großen Ptolemäus darunter gewesen wäre, dem man u. A. das Geschichtswerk des Manetho verdankt und die Uebersetzung des alten Testaments in das Griechische. Auch hätte der Auktionator seine Kollektion noch als besonders interessant bezeichnen können, wenn er gewußt hätte, daß Ptolemäus den Seleukus tödtete und dieser und Alvina die Eltern des Antiochus Soter waren. Doch scheint der Mumienmarkt jetzt sehr wenig belebt zu sein, oder man hielt eben die gestern versteigerten Königsnummern für nicht ganz echt.

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes. Die „Fränkische Tagespost“ veröffentlicht folgendes „Citat“:

Die europäischen Regierungen verbieten jeden Angriff auf die Laa des-Religion. Sie selbst aber schicken Missionarien in Brahmanische, Buddhistische Länder, welche die dortigen Religionen eifrig und von Grund aus angreifen — ihrer importirten Plag zu machen. Und dann schreiben sie Peter, wenn einmal ein chinesischer Kaiser oder Großmandarin von Tunkin solchen Leuten die Köpfe abschlägt.

(Schopenhauer, Sämmtl. Werke. Brockhaus'sche Ausgabe, VI, 424.)

Litterarisches.

Im Verlag von J. G. W. Diez' Nachf. in Stuttgart ist soeben eine für die bevorstehenden Reichstagswahlen wichtige Broschüre erschienen: Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr! Von August Bebel. Um einen Ueberblick über den Inhalt des Buches zu geben, führen wir das Inhaltsverzeichnis hier an: 1. Einleitung (behandelt die allgemeine Lage der Landesverteidigung in den europäischen Staaten.) 2. Die deutsche Heeres-Organisation und ihre Entwicklung. 3. Die Kosten der Rüstungen. 4. Die Befestigung der bestehenden Armeen. 5. Die Volkswehr. 6. Die Kosten des Volksheeres und des stehenden Heeres. 7. Das Volksheer in der neuzeitlichen Geschichte. 8. Schlussfolgerung. — Billige Agitations-Ausgabe. Preis 30 Pfennig. An Wahlvereine zu wesentlich ermäßigten Preisen.

Nein, Fräulein Viola. Sehen Sie mich an! Fällt Ihnen nichts an mir auf? Habe ich mich gar nicht verändert?“

Zum ersten Mal blickt sie ihm voll in's Gesicht.

„Sind Sie krank gewesen?“ Ihre Stimme klingt erregt, angstvoll.

„Nicht mehr als Sie selbst, und Sie sagen ja, Sie wären gesund. Ich habe gelitten, trotzdem ich ein Mann bin, trotzdem meine Umgebung nicht öde und langweilig ist, trotzdem ich ernste Ziele vor mir sehe — habe gelitten, bis ich es nicht mehr ertragen konnte. . . . Sie wissen, weshalb, Viola! Fragen Sie Ihr eigenes Herz!“

Ihr Kopf ist auf die Brust herabgesunken. Widerstandslos ruht jetzt ihre Hand in der seinen.

Er wartet einige Augenblicke auf Antwort. Da sie schweigt, fährt er mit vor unterdrückter Leidenschaft bebender Stimme hastig fort:

„Ihre Symptome sind dieselben wie die meinen. Auch Sie lieben. . . . Und, Viola —“ er neigt sich ein wenig zu ihr herab — „eine innere Stimme sagt mir, daß ich es bin, den Sie lieben — ich, dem Sie das Höchste auf der Welt sind, der sein Leben für Sie lassen möchte —“

Mit heftigem Ruck befreit sie ihre Hand. Bleich und zitternd steht sie vor ihm.

„Nun, Viola?“

Er hat sich ganz zu ihr herab gebeugt. Sein Athem streift ihre Wangen.

Ein heftiger Kampf spiegelt sich in ihren Zügen — der Kampf zwischen Pflicht und Leidenschaft. . . .

(Fortsetzung folgt.)